

Regierungsratsbeschluss

vom 8. September 2008

Nr. 2008/1592

**Vernehmlassung zur Verordnung über das Eidg. Nuklear-Sicherheitsinspektorat (ENSI) und zur
Verordnung über die Eidg. Kommission für nukleare Sicherheit (KNS)
Schreiben an das Bundesamt für Energie, Bern**

1. Erwägungen

Mit Schreiben vom 30. Juni 2008 gelangt das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) an die Kantonsregierung und ersucht sie um Stellungnahme zur Verordnung über das Eidg. Nuklear-Sicherheitsinspektorat (ENSI) und zur Verordnung über die Eidg. Kommission für nukleare Sicherheit (KNS). Im Rahmen eines verwaltungsinternen Vernehmlassungsverfahrens haben sich das Amt für Wirtschaft und Arbeit, das Amt für Militär und Bevölkerungsschutz, die Polizei und das Amt für Umwelt zu den beiden Verordnungen geäussert. Dabei ergaben sich keine divergierenden Meinungen.

Das Bau- und Justizdepartement unterbreitet das Schreiben an das Bundesamt für Energie zur Beratung und Beschlussfassung.

2. Beschluss

Das Schreiben an das Bundesamt für Energie betreffend Verordnung über das Eidg. Nuklear-Sicherheitsinspektorat (ENSI) und Verordnung über die Eidg. Kommission für nukleare Sicherheit (KNS) wird beschlossen.



Andreas Eng
Staatsschreiber

Beilage

Schreiben an das Bundesamt für Energie vom 8. September 2008

Verteiler

Bau- und Justizdepartement

Amt für Umwelt (mh)

Volkswirtschaftsdepartement

Amt für Wirtschaft und Arbeit

Amt für Militär und Bevölkerungsschutz

Departement des Innern

Polizei Kanton Solothurn

Ratsleitung

Eidg. Parlamentarier (9)